



Ausschuss für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen

29. Sitzung (öffentlich)

6. Juli 2018

Düsseldorf – Haus des Landtags

10:00 Uhr bis 14:10 Uhr

Vorsitz: Stefan Kämmerling (SPD)

Protokoll: Sitzungsdokumentarischer Dienst

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Zur Tagesordnung **7**

a) Zeitrahmen der heutigen Sitzung **7**

Der Ausschuss kommt überein, den bisherigen Tagesordnungspunkt 6 „Studie zur Städtebauförderung: Erfolgsfaktoren und Hemmnisse der Fördermittelbeantragung, -bewilligung und -abrechnung“ je nach Stand der Diskussion vorzuziehen oder später aufzurufen, um den Beginn um etwa 12:00 Uhr zu ermöglichen.

b) Änderung der Tagesordnung **7**

Der Ausschuss kommt überein, den bisherigen Tagesordnungspunkt 1 „Überschuldete Kommunen finanziell handlungsfähig machen! Die Landesregierung muss die Initiative für einen kommunalen Altschuldenfonds ergreifen!“ auf die nächste Ausschusssitzung zu verschieben.

c) Verfahren zum Tagesordnungspunkt „Gesetz zur Modernisierung des Bauordnungsrechts in Nordrhein-Westfalen – Baurechtsmodernisierungsgesetz (BauModG)“

8

Der Ausschuss beschließt mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der AfD, dass es sich bei dem Änderungsantrag der Fraktionen von CDU und FDP Drucksache 17/3036 nicht um grundlegende Veränderungen handelt.

Der Ausschuss beschließt mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und AfD, keine weitere Anhörung durchzuführen.

1 Gesetz zur Modernisierung des Bauordnungsrechts in Nordrhein-Westfalen – Baurechtsmodernisierungsgesetz (BauModG)

20

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/2166

Änderungsantrag
der Fraktion der CDU
und der Fraktion der FDP
Drucksache 17/3036

Änderungsantrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/3044

Ausschussprotokoll 17/272

Der Änderungsantrag der Fraktionen von CDU und FDP Drucksache 17/3036 wird mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Enthaltung der AfD-Fraktion angenommen.

Der Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 17/3044 wird mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und AfD gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Enthaltung der SPD-Fraktion abgelehnt.

Sodann empfiehlt der Ausschuss mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und AfD gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, den so geänderten Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 17/2166 anzunehmen.

2 Studie zur Städtebauförderung: Erfolgsfaktoren und Hemmnisse der Fördermittelbeantragung, -bewilligung und -abrechnung (s. Anlage 1) 42

Vorlage 17/617

3 Chancen der Digitalisierung erkennen und nutzen 51

Antrag
der Fraktion der CDU
und der Fraktion der FDP
Drucksache 17/2058

Ausschussprotokoll 17/313

Der Ausschuss empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und AfD gegen die Stimmen der SPD-Fraktion, den Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP Drucksache 17/2058 anzunehmen.

4 Land muss Verantwortung für Geduldete übernehmen und Kommunen dauerhaft finanziell entlasten 53

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/2550

in Verbindung mit

Wann verbessert die Landesregierung die Kostenerstattung für geduldete Flüchtlinge? (s. Anlage 2)

Bericht der Landesregierung
Vorlage 17/962

Der Ausschuss kommt überein, das weitere Verfahren in einer Obleuterunde zu klären.

- 5 Gesetz zur Änderung des Teilhabe- und Integrationsgesetzes 54**
Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/2659

Der Ausschuss kommt überein, sich an der Anhörung des federführenden Integrationsausschusses pflichtig zu beteiligen.
- 6 Wohnraumpotential in Handelsimmobilien in Nordrhein-Westfalen 55**
Bericht der Landesregierung
Vorlage 17/953
- 7 Evaluierung der Befristung nach § 2 BauGB-AG NRW (s. Anlage 3) 57**
Bericht der Landesregierung
Vorlage 17/954
- 8 Umsetzung des Konzepts „Starkregen“ und kommunale Erfahrungen aus den Projekten „Kommunaler Klimaschutz.NRW“ und „Grüne Infrastrukturen NRW“ (s. Anlage 4) 58**
Bericht der Landesregierung
Vorlage 17/956
- 9 Bauland an der Schiene – Siedlungsflächen an Haltepunkten des schienengebundenen Personennahverkehrs 61**
Bericht der Landesregierung
Vorlage 17/961
- 10 Wann veröffentlicht die Landesregierung die Eckpunkte für das GFG 2019? (s. Anlage 2) 64**
Bericht der Landesregierung
Vorlage 17/966

- 11 Wie bewertet die Landesregierung die auf dem CDU-Landesparteitag beschlossene Abschaffung der Stichwahl für kommunale Hauptverwaltungsbeamte? (s. Anlage 2)** **66**
- Bericht der Landesregierung
Vorlage 17/941
- 12 Terminplanung für das Jahr 2019** **67**
- Der Ausschuss stimmt der vorgelegten Terminplanung für das Jahr 2019 zu.
- 13 Verschiedenes** **68**
- a) **Anhörung von Sachverständigen zur IGA 2027** **68**
- b) **Bundesratsverfahren** **70**
- c) **Verfahren zum Entwurf zum „Gesetz zur Aufhebung des Gesetzes zur Stärkung des Kreistags und zur Änderung kommunalrechtlicher, haushaltsrechtlicher und steuerrechtlicher Vorschriften“** **71**
- Drucksache 17/2994
- Der Ausschuss trifft den Vorratsbeschluss, zum Entwurf zum „Gesetz zur Aufhebung des Gesetzes zur Stärkung des Kreistags und zur Änderung kommunalrechtlicher, haushaltsrechtlicher und steuerrechtlicher Vorschriften“ Drucksache 17/2994 eine Anhörung durchzuführen und das weitere Verfahren, insbesondere den Termin und die Anzahl der Sachverständigen in einer Obleuterunde zu klären.
- d) **Abschied von Sven Wolf (SPD) aus dem Ausschuss** **72**

7 Evaluierung der Befristung nach § 2 BauGB-AG NRW (s. Anlage 3)

Bericht der Landesregierung
Vorlage 17/954

Vorsitzender Stefan Kämmerling weist darauf hin, der Tagesordnungspunkt sei von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen beantragt worden.

Johannes Remmel (GRÜNE) fasst zusammen, es gehe um die Erfahrungen im Zusammenhang mit der Evaluierung des bisher gültigen Gesetzes und in welcher Breite man evaluiert habe.

Die Ministerin habe in der Plenardebatte zugesagt, vor Beschlussfassung einen solchen Bericht vorzulegen, was in der letzten Sitzung allerdings nicht der Fall gewesen sei. Heute nun gebe es einen kurzen Bericht, nach dem die Evaluierung auf Zuruf gründe und man keine Probleme erkennen könne.

Er möchte wissen, ob es darüber hinaus noch mündliche Ergänzungen des in der Tat sehr kurzen Berichts gebe, bei dem er zudem anheimestelle, ob es sich wirklich um eine fundierte Evaluierung handele.

Ministerin Ina Scharrenbach (MHKBG) verweist auf eine Abfrage im Frühjahr 2014 bei den im Bericht bezeichneten Sachverständigen, um Erfahrungen mit der Sieben-Jahres-Frist einzuholen. Analog zu diesem Vorgehen habe man auch dieses Verfahren durchgeführt und insofern keine Erkenntnisse gesammelt, die gegen die Aussetzung der Sieben-Jahres-Frist sprächen.

Wenn Johannes Remmel nun ein aufwendiges Evaluierungsverfahren wünsche, könne man sich darüber gewiss austauschen. In diesem Zusammenhang gehe es aber um den Antrag der Fraktionen von CDU und FDP zum Bauausführungsgesetz. Dem Ministerium lägen keine negativen Erkenntnisse vor. Insofern frage sie Johannes Remmel, welche Informationen darüber hinaus er noch wolle.



Mehrdad Mostofizadeh MdL

Sprecher für Arbeit, Gesundheit und Soziales

Sprecher für Kommunalpolitik

Stellv. Fraktionsvorsitzender GRÜNE Fraktion

Landtag NRW • Mehrdad Mostofizadeh • Postfach 10 11 43 • 40002 Düsseldorf

Herrn
Stefan Kämmerling
Vorsitzender des Ausschusses
für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen

Platz des Landtags 1
D-40221 Düsseldorf
Telefon: (0211) 884-2037
Fax: (0211) 884-3520
E-Mail: mehrdad.mostofizadeh
@landtag.nrw.de
Düsseldorf, 20.06.2018

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

in der Plenardebatte zum Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung des Baugesetzbuches in Nordrhein-Westfalen (Drs. 17/2566) am 17. Mai 2018 antwortete Ministerin Scharrenbach auf den Hinweis meines Fraktionskollegen Johannes Remmel, er bitte um eine Berichterstattung der Landesregierung zur Evaluation der bisherigen Befristungsregelung, mit den Worten:

„Wir nehmen das mit, insbesondere die Bitte, die Evaluierung für die Beratungen des Ausschusses vorzulegen. Wir werden das vorbereiten und freuen uns auf die weiteren Beratungen im Ausschuss.“

In der Sitzung des Ausschusses für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen am 12.06.2018, in der das Gesetz beraten und angenommen wurde, lag der zugesagte Bericht allerdings nicht vor.

Wir möchten Sie daher darum bitten, einen Tagesordnungspunkt „Evaluierung der Befristung nach §2 BauGB-AG NRW“ auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung des AHKBW aufzunehmen und die Landesregierung aufzufordern, uns den von der Ministerin in Aussicht gestellten Bericht für die kommende Sitzung des Ausschusses als Bericht vorzulegen.

Mit freundlichen Grüßen

